AK info

PENSIONSPROGNOSE 2023: DEUTLICH GÜNSTIGER ALS 2022

Kaum etwas im Staate Österreich unterliegt einem genaueren Monitoring als das Pensionssystem. Sämtliche Langfristberechnungen zeigen, dass trotz deutlicher Alterung der Gesellschaft der Pensionsaufwand ebenso wie die Bundesmittel langfristig nur sehr moderat steigen werden. Und die aktuellen Prognosen liegen voll im Rahmen.

DICHTES PENSIONSMONITORING - WISSEN STATT ALARMISMUS

Von der Alterssicherungskommission (ASK) werden jährlich Mittefristprognosen erstellt. Im Dreijahresabstand erfolgen Langfristberechnungen der ASK (zuletzt 2021) und der Europäischen Kommission ("Ageing Report", ebenfalls zuletzt 2021) zur voraussichtlichen Entwicklung des öffentlichen Pensionssystems. Der aktuelle Anstieg in der Pensionsversicherung (PV), der vor allem das Hineinwachsen der Babyboomer ins Pensionsalter widerspiegelt, ist dabei seit langem antizipiert und in keinster Weise alarmierend. Dieser wird zunehmend durch die deutlich rückläufige Entwicklung bei Beamt:innen kompensiert, die aus der Harmonisierung der Systeme und der strukturell bedingten (Ausgliederungen, weniger Pragmatisierungen) sukzessiven Ausgabenverschiebung hin zur PV resultiert.

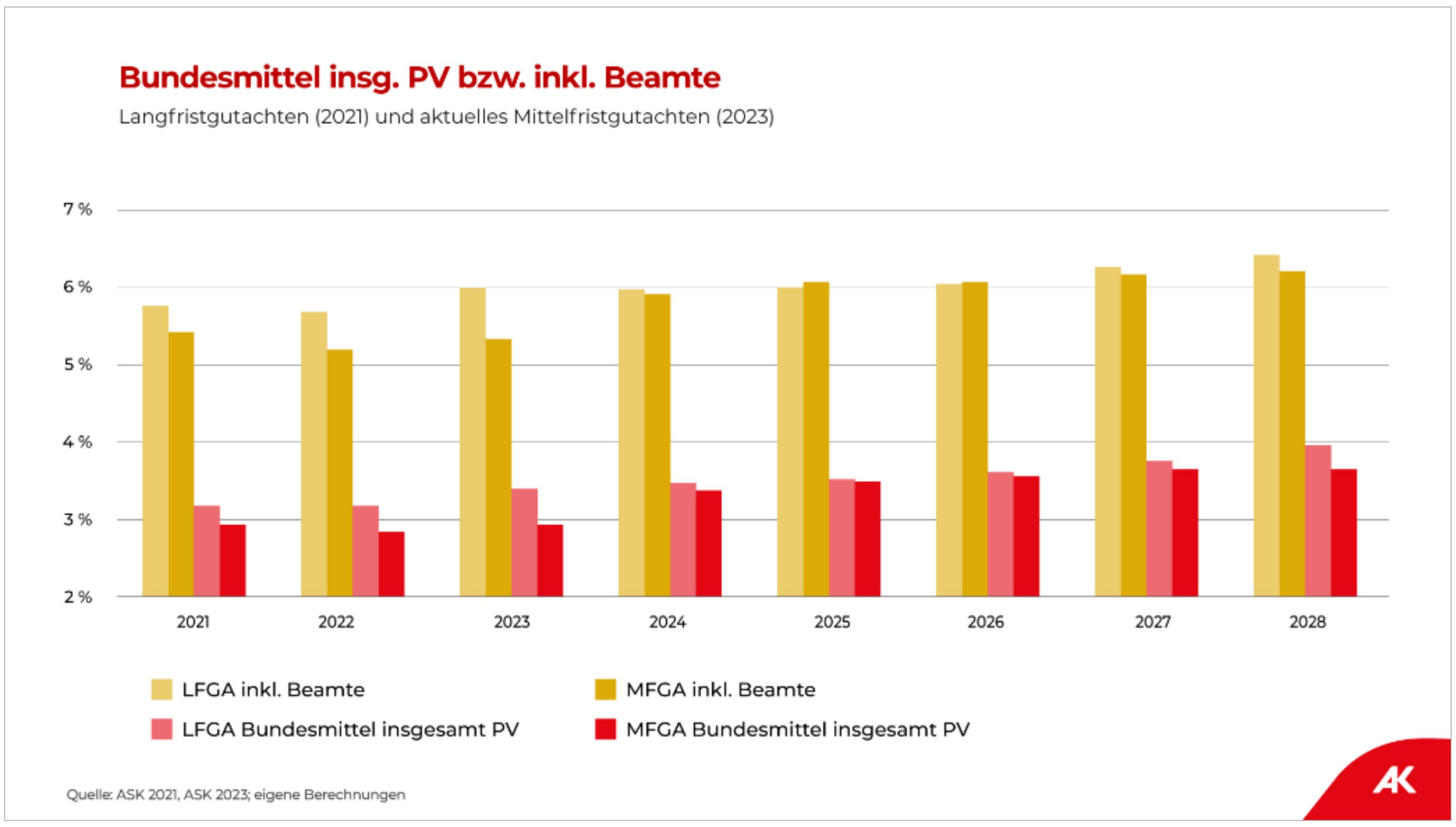
Die Pensionsausgaben und Bundesmittel insgesamt werden demnach gemessen am BIP trotz deutlicher Alterung über die nächsten etwa 10 Jahre moderat steigen, nach dem Babyboomer-Peak voraussichtlich sogar wieder tendenziell zurückgehen und sich dann auf einem etwas höheren Niveau als derzeit einpendeln. Die Langfristprojektionen zeigen also in keiner Weise irgendwelche "Pensionskostenexplosionen", sondern vielmehr eine nachhaltige Entwicklung, eben als Konsequenz der weitreichenden bereits umgesetzten Reformen.

Die relevante Frage ist also nicht, ob es zum erwarteten Anstieg kommt, sondern ob die Entwicklung im antizipierten und politisch weitgehend auch akzeptierten Rahmen bleibt. Und das tut sie!

AUSGABENENTWICKLUNG BLEIBT KLAR IM ERWARTETEN RAHMEN

In der voraussichtlich immer noch zu pessimistischen, aktuellen Mittelfristprognose (ASK 2023) bleiben die Bundesmittel in der weitesten Abgrenzung (inkl. Ausgleichszulagen und Beiträge für Teilversicherungszeiten) gemessen am BIP zumeist sehr deutlich unter den Referenzwerten des Langfristgutachtens (LFGA). Die weitgehend bereits realisierten Werte liegen um 0,3 (2021) bis 0,5 (2023) Prozentpunkte des BIP unter jenen des LFGA. Bis 2025 wird eine Annäherung erwartet und dann wieder ein merkliches Unterschreiten der Referenzwerte (2028 -0,25 PP). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei einer Gesamtbetrachtung inkl. Budgetmittel für Beamtenpensionen.

AK ÖSTERREICH



BUNDESBEITRAG (AUSFALLSHAFTUNG UND "PARTNERLEISTUNG") IN DER PV

Vor allem in der PV der Unselbstständigen liegen die aktuellen Prognosen deutlich unter jenen des Vorjahres - und zwar im Prognosezeitraum 2022 bis 2027 kumuliert um 3 Mrd. €! Allein für die Jahre 2022 und 2023 ergibt sich ein um knapp 900 Mio. € geringerer Aufwand, in der PV insgesamt von knapp 1 Mrd. €. Die AK-Kritik an der Vorjahresprognose bestätigt sich damit eindrücklich. Der Bundesbeitrag wäre noch viel niedriger ausgefallen, hätte man in den Jahren 2022 und 2023 nicht den Teuerungsausgleich für Pensionist:innen systemwidrig über die Ausfallshaftung abgerechnet. Dazu kommt ein erheblicher Einnahmenentfall durch die beitrags- und steuerfreie "Teuerungsprämie". Insgesamt wurde dadurch der Bundesbeitrag um voraussichtlich 800 bis 900 Mio. € pro Jahr erhöht!

Während der Bundesbeitrag bei den Unselbstständigen ohnehin nur eine sehr untergeordnete Bedeutung spielt, stellt sich die Situation bei den Selbstständigen schon derzeit gänzlich anders dar. Die Diskussion über die Bundesmittel sollte daher differenzierter erfolgen (hierzu und zum prognostizierten weiteren Auseinanderdriften siehe AK Info - Pensionsprognose2023_03 - hoher Zuschuss für Selbstständige)

ALARMISMUS GÄNZLICH UNANGEBRACHT!

Die aktuellen Prognosen belegen also in keiner Weise – wie nun behauptet – "dringenden Bedarf für weitere Kürzungen", wie z.B. durch die Anbindung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung. Diese Maßnahme ist und bleibt nicht nur unnötig, sondern auch gänzlich ungeeignet und extrem ungerecht! (Hierzu siehe AK Info - Pensionsprognose2023_04 - Diskussion um Pensionsalter verfehlt)

KONTAKT

AK Wien
Abteilung Sozialpolitik
Sp@akwien.at
+43 1 50165 12419